



BEKÄMPFUNG DES ISLAMISTISCHEN TERRORISMUS: DEUTSCH-FRANZÖSISCHE UND EUROPÄISCHE ANTWORTEN

Yves Bertoncini | *Direktor des Jacques Delors Institute*

Die erste Sitzung der Initiative Think Tanks Tandem¹ fand am 8.-9. Juli 2016, in der Abtei von Vaux-de-Cernay, in der Nähe von Paris statt. Ca. 40 Vertreter deutscher und französischer Think Tanks, sowie Vertreter deutscher, französischer und europäischer Behörden trafen zusammen. Thema der ersten Gesprächsrunde war die Migrationspolitik und der zweiten Gesprächsrunde die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.

Die zweite Gesprächsrunde dieses 1. Think-Tanks Tandem wurde von Kristina Eichhorst, Koordinatorin für Krisen- und Konfliktmanagement der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Yves Bertoncini, Direktor des Jacques Delors Institute, eingeleitet und anschließend mit einem Beitrag von Gilles de Kerchove, EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung, eröffnet.

Die Runde wurde von zahlreichen Beiträgen der deutschen und französischen Teilnehmer (siehe Liste im Anhang) geprägt: Diese Zusammenfassung präsentiert die wichtigsten Analysen und Empfehlungen, die sich aus dem deutsch-französischen Meinungsaustausch ergeben haben, und stellt sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten heraus.

1. Eine gemeinsame terroristische Bedrohung, die in Deutschland weniger konkret als in Frankreich ist

Die Deutschen und die Franzosen haben zwar eine unterschiedliche Wahrnehmung des massiven Zustroms von Flüchtlingen im Jahr 2015, aber nicht des islamistischen Terrorismus, der von allen als eine gemeinsame Bedrohung betrachtet wird, die es zu bekämpfen gilt.

Diese Bedrohung drückt sich im Wesentlichen in drei Bereichen aus: den Organisationen „Daech“ und „Al Qaida“ und dem auf einem Gebiet zwischen dem Irak und Syrien ausgerufenen „Kalifats“; den radikalisierten jungen Deutschen und Franzosen, die vor allem in den sozialen Netzwerken sehr aktiv sind; und schließlich den jungen Menschen, die sich nach Syrien und in den Irak begeben, um dort vor Ort zu kämpfen, und deren Rückkehr nach Europa vorbereitet werden muss. Das Ausmaß dieser vielfältigen Bedrohung wird noch verstärkt von unterschiedlichen erschwerenden Faktoren, wie der Entwicklung

der sog. „gescheiterten Staaten“ in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, der Existenz einer staatlichen Gewalt, die dschihadistische Neigungen nährt, oder auch technologischer Innovationen, welche die verschlüsselte Übermittlung von Nachrichten und die Miniaturisierung von Waffen fördern.

Die Franzosen wurden bereits hart vom islamistischen Terrorismus getroffen, gegen den sie auf politischer, diplomatischer und militärischer Ebene massiv mobilisiert haben und den sie an der Quelle, d. h. im Nahen Osten bekämpfen. In Deutschland hat es noch keine so blutigen Anschläge gegeben², auch wenn sich die Bevölkerung spontan mit den Franzosen solidarisch erklärt hat, aber nicht aufgrund der Befürchtung, sie könnte selbst Opfer solcher Anschläge werden. Es ist allerdings nicht sicher, dass die Deutschen das Ausmaß der Geschehnisse in Frankreich vollkommen erfasst haben und dass sie sich genauso vom islamistischen Terrorismus betroffen fühlen können, solange auf ihrem Staatsgebiet keine Attentate dieser Größenordnung verübt werden. Sie konzentrieren sich in diesem Stadium mehr auf die Vorbeugung von Anschlägen im Inneren als

auf Interventionen gegen die Bedrohung im Äußeren, die in Frankreich Vorrang zu haben scheinen.

Auch wenn der islamistische Terrorismus als eine gezielt gegen Europa gerichtete Bedrohung verstanden wird, die über Deutschland und Frankreich herausgeht, herrscht eine Diskrepanz zwischen dem Bedürfnis der Europäer nach Sicherheit und den Mitteln, über die die EU tatsächlich verfügt. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) hat die Einrichtung von Krisenbewältigungsinstrumenten außerhalb Europas ermöglicht. Jetzt geht es allerdings darum, die Bedrohung im Inneren zu bekämpfen; das Handeln der nationalen Behörden ist oft unmittelbar und stark emotional geprägt, während die europäischen Reaktions- und Entscheidungszeiten von Natur aus länger sind. Die Europäisierung der Antworten auf die transnationale terroristische Herausforderung besteht sowohl aus den Aktionen der EU als auch aus bilateralen Kooperationen, wobei es jedoch nicht immer einfach ist, zwischen den beiden zu unterscheiden.

Insgesamt scheinen die Unterschiede in der Wahrnehmung und den Reaktionen zwischen Deutschland, Frankreich und der EU kein Hindernis für eine umfassende gemeinsame Mobilisierung gegen den islamistischen Terror zu sein, sobald dieser eindeutig als gemeinsame Bedrohung wahrgenommen wird.

2. Innere und äußere militärische Antworten: leichte Diskrepanz zwischen den beiden Ländern

Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus zeigt sich in inneren und äußeren militärischen Antworten, die eine leichte Diskrepanz zwischen Deutschland und Frankreich zur Folge haben; die Gesprächsrunde bot Gelegenheit, das ganze Ausmaß dieser Diskrepanzen zu erkennen, aber auch zu reduzieren.

2.1. Militärische Antworten auf französischem und deutschem Staatsgebiet und Achtung der Rechtstaatlichkeit

Angesichts der Nachfragen deutscher Teilnehmer wurde darauf hingewiesen, dass die Ausrufung des „Notstands“ und der Einsatz der Armee auf französischem Boden im Rahmen des Prinzips der Rechtstaatlichkeit erfolgten. Die „Opération sentinelle“ verleiht insbesondere der Armee den Auftrag, besonders gefährdete Orte zu schützen, ohne dass sie jedoch die Möglichkeit hat zu handeln oder einzugreifen; darüber hinaus soll diese Aktion nicht auf unbestimmte Zeit fort dauern, dieser Ansicht ist auch die Armee selbst.

Ferner wurde deutlich gemacht, dass selbst wenn die Terroristen militärische Mittel einsetzen, sie nicht ausschließlich mit den gleichen Mitteln bekämpft werden dürfen. Frankreich setzt daher auf vielfältige Antworten, die allerdings manchmal als ausschließlich militärisch wahrgenommen werden können, zumal sich die französischen Behörden oft einer



Kriegsrhetorik bedienen. Diese Situation ist insofern paradox, da sich Deutschland und Frankreich nach den Attentaten vom 11. September 2001 gemeinsam kritisch geäußert haben bezüglich der überwiegend militärischen Reaktion der Amerikaner auf die Attentate und den Verletzungen der Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit, die daraufhin festgestellt wurden.

Es wird hervorgehoben, dass ab den 1970er Jahren der Kampf gegen den Terrorismus in Deutschland auf der Ebene der Polizei und Justiz geführt wurde, keine Intervention der Bundeswehr beinhaltete und auf der Grundlage einer eher politisch und sozial ausgerichteten Vision eingeleitet wurde. Selbst als die Präsenz der Flüchtlinge und die Vorfälle am Kölner Bahnhof in letzter Zeit manchmal ein Gefühl der Angst und Beunruhigung in Deutschland hervorgerufen haben, wurde die Inanspruchnahme von bewaffneten Soldaten, die auf den Straßen patrouillieren, trotz eines Weißbuchs zu diesem Thema und Gesprächen im Ministerrat nicht in Erwägung gezogen.

2.2. Militärische Antworten außerhalb Europas: Unterschiede in der Form und im Timing?

Die angesichts der islamistischen Offensive eingeleiteten militärischen Einsätze in Mali werden als Beispiel für die Dissonanz zwischen Deutschland und Frankreich angeführt. Diese Dissonanz knüpft an die Zweifel der deutschen Öffentlichkeit bezüglich der Folgen der großen Militäreinsätze nach dem 11. September 2001 in Afghanistan wie im Irak an, die als Misserfolge gewertet werden.

Es wird jedoch betont, dass Deutschland seine Mittel für Auslandseinsätze seit 15 Jahren aufstockt und sich über die Tatsache im Klaren ist, dass die Terroristen auch auf militärischer Ebene bekämpft werden müssen. Die deutschen Behörden sind - mit Zustimmung des Bundestags - im Ausland sehr viel engagierter als es der französischen Öffentlichkeit bewusst ist: in der Sahelzone wie im Irak und auch in Syrien. Die Waffenlieferung an die Kurden im Rahmen des Syrienkonflikts wird als eine für die Deutschen sehr

wichtige Entscheidung dargestellt, da sie es nicht gewohnt sind, bei Konflikten im Ausland eine Partei zu unterstützen, die gegen eine andere kämpft.

Es wird festgestellt, dass die Militäreinsätze der beiden Länder verschiedene Formen annehmen können, wobei Frankreich meistens an vorderster Front handelt und von Deutschland unterstützt wird; es wäre hilfreich, wenn beide Parteien verstärkt in allen Bereichen agieren könnten, was allerdings voraussetzt, dass die deutschen Soldaten auch am Fronteinsatz beteiligt werden. Ziel ist u. a. ein Kontinuum zwischen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene zu schaffen, um unsere Fähigkeit zu stärken, Kräfte auf einer gemeinsamen Basis zu mobilisieren.

Das Timing des militärischen Entscheidungsprozesses wird ebenfalls als Ursache für eine mögliche Diskrepanz zwischen Deutschland und Frankreich genannt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Entsendung von Truppen oder „battle groups“ häufig schnelle Entscheidungen, d. h. innerhalb von 48 Std., erfordert und dass der politische und konstitutionelle Rahmen der europäischen Länder an solche Einsatznotfälle angepasst sein muss.

Es wird daran erinnert, dass der französische Staatspräsident Entscheidungen zu militärischen Einsätzen allein treffen kann, selbst wenn das Parlament innerhalb von drei Tagen informiert werden und spätestens vier Monate nach Beginn des Auslandseinsatzes darüber abstimmen muss. Theoretisch kann es den Einsatz auch ablehnen und annullieren. Dieser zeitliche Ablauf unterscheidet sich von dem in Deutschland, insbesondere, wenn es um die Zustimmungsbefugnisse des Bundestags geht.

Insgesamt werden die gemeinsamen Orientierungen im strategischen Dokument „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“³, das von Jean-Marc Ayrault und Franz-Walter Steinmeier ausgearbeitet wurde, als motivierend beurteilt, da sie eine strategische Konvergenz beinhalten, aus denen operative Konsequenzen gezogen werden sollten.

3. Antworten auf polizeilicher, gerichtlicher und geheimdienstlicher Ebene: die Notwendigkeit einer kopernikanischen Revolution

Eine wirksame Bekämpfung des Terrorismus setzt voraus, dass dynamischere gemeinsame Antworten auf polizeilicher, gerichtlicher und geheimdienstlicher Ebene sowohl bilateral als auch europaweit gefunden werden.

3.1. Beschleunigung der Fortschritte bei der Zusammenarbeit von Polizei und Gerichten

Die Schaffung des Schengen-Raums und die Vertiefung der EU haben den Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden der einzelnen Länder verbessert: die Bereiche Freizügigkeit (ehemalige 1. Säule) und Sicherheit (ehemalige 3. Säule) nähern sich einander an und verändern die Verwaltung der Innen- und Außengrenzen. Ziel ist, diesen Wandel auf der Grundlage einer weitreichenden und entgrenzten Vision des Kampfes gegen die Radikalisierung im Inland, des Schutzes der Außengrenzen des Schengen-Raums und der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern zu stärken.

Es ist jedoch nicht einfach, im Rahmen eines Europäischen Vertrags voran zu schreiten, der vorsieht, dass in erster Linie die Mitgliedstaaten für die innere Sicherheit verantwortlich und die einzig zuständigen Behörden für die nationale Sicherheit sind; das von der Kommission Juncker befürwortete Konzept der „Sicherheitsunion“ ruft zum Beispiel bei zahlreichen Mitgliedstaaten Unbehagen hervor.

Einen pragmatischen Weg zu wählen setzt voraus, dass die bestehenden europäischen Instrumente, darunter Europol, Eurojust, die Fingerabdruck-Datenbank Eurodac und die Agentur Frontex, aber auch die Instrumente von Interpol oder der Antiterrorgruppe des „Berner Club“ besser genutzt und koordiniert werden. Eine globalere politische Steuerung der europäischen Bemühungen bei der polizeilichen und gerichtlichen Zusammenarbeit müsste darüber hinaus die Arbeiten des Rates „Justiz und Inneres“ auf die des Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) abstimmen.

Die Zusammenarbeit der Polizeibehörden mit den an die EU angrenzenden Ländern muss ebenfalls verstärkt werden, einschließlich der Länder, die ihre Handlungsfähigkeit nach dem arabischen Frühling wieder herstellen müssen. Die Europäer sollten sich jedoch davor hüten, Partnerschaften im Bereich der Terrorismusbekämpfung bevorzugt mit Ländern einzugehen, deren repressive Politik ein Nährboden für Radikalisierung und Extremismus ist.

3.2. Aufgreifen der Herausforderung einer europäischen Zusammenarbeit auf geheimdienstlicher Ebene

Die Zusammenarbeit der Geheimdienste scheint die wichtigste operative Problematik im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, aber auch eine große politische Herausforderung zu sein: einerseits weil sie einen Informationsaustausch und damit auch eine Machtteilung voraussetzt; andererseits weil die europäischen Länder eine Geheimdienstkultur beizubehalten scheinen, die auf den kalten Krieg zurückgeht; und schließlich weil es in den einzelnen Ländern bezüglich des Datenschutzes unterschiedliche Rechtsrahmen gibt.

Die Deutschen stehen den Befugnissen der Polizeibehörden und Geheimdienste sehr kritisch gegenüber, nicht zuletzt aus geschichtlichen Gründen, da die „Gestapo“ Polizei und Geheimdienst zugleich war. Die Achtung des Privatlebens scheint in einem Land, das totalitäre Regimes (der Nationalsozialisten und Kommunisten) erlebt hat, ein überaus sensibles Thema zu sein. Die Entwicklungen der „Snowden-Affäre“ und die Enthüllung der NSA-Praktiken konnten den Widerstand der deutschen Öffentlichkeit bezüglich dieses Themas nur noch verstärken.

Auf europäischer Ebene ist es auffallend und bedauerlich, dass es mehrere Jahre brauchte, um den „Passenger Name Record“ (PNR) zu verabschieden. Gründe dafür waren die Debatten zum Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit, aber auch der verbindliche Charakter eines solchen Instruments für jeden Mitgliedstaat. Einer der wichtigsten Aspekte ist die Gewährleistung, dass die gleichen Normen zum Datenschutz auf europäischer und internationaler Ebene angewandt werden, um das für den Informationsaustausch unerlässliche gegenseitige Vertrauen zu stärken.

Auf organisatorischer Ebene müssen die Vorgehensweisen bei den Instrumenten zur Spionageabwehr und zum Antiterrorkampf stärker aneinander angenähert werden, wenn man davon ausgeht, dass es sich um einen Kampf gegen Kriminelle handelt und es daher möglich und wünschenswert ist, so viele Informationen wie möglich auszutauschen, auch mit den Russen und Iranern. In Bezug auf die Spionageabwehrpraktiken, die noch aus dem Kalten Krieg stammen, ist ein Paradigmenwechsel erforderlich, um, was den Austausch von Geheimdienstinformationen betrifft, vom handwerklichen zum industriellen Zeitalter überzugehen.

Da sich die gemeinsame Nutzung von Informationen auf Gemeinschaftsebene aufgrund des mangelnden Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten als schwierig erweist, ist es auf kurze Sicht unrealistisch, die Einrichtung eines europäischen FBI zu fördern; stattdessen könnte die bi- und multilaterale Zusammenarbeit der Geheimdienste massiv gestärkt werden.

4. Bedeutung der sozialen und politischen Antworten in Deutschland und Frankreich

Der Kampf gegen den islamistischen Terror ruft in Deutschland wie in Frankreich soziale und politische Antworten hervor. Es geht nicht darum, die „sozialen“ oder politischen Ursachen des islamistischen Terrorismus zu betrachten, um ihn wie auch immer zu legitimieren, sondern die Faktoren aufzugreifen, die die Umsetzung von Terrorakten fördern, wobei gleichzeitig eine Vermischung von Islam, Terrorismus und Personen aus arabischen Ländern zu vermeiden ist.

4.1. Stärkung der Integrationsbemühungen

Es wird darauf hingewiesen, dass die „Salafisten“ manchmal die besseren „Sozialarbeiter“ sind und es Sache der Behörden ist, ihnen nicht das Feld zu überlassen, sondern ihre echte Integration in die Gesellschaft unserer beiden Länder sicherzustellen.

Der von Jean-Marc Ayrault und Annegret Kramp-Karrenbauer⁴ zur Förderung der Integration unserer Gesellschaften erstellte Bericht gilt als Referenz in Bezug auf die Diagnose und vorgeschlagenen Orientierungen, auch im Hinblick auf den Austausch von *Best Practices* zwischen Deutschland und Frankreich. Eine schnelle Einrichtung des „Deutsch-Französischen Integrationsrats“ sowie seine Öffnung für die Zivilgesellschaft und Think Tanks ist wünschenswert.

Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass die nationale und europäische Politik in den Bereichen Kultur, Sport und Beschäftigung ausgebaut wird und die Europäische Kommission diesbezüglich anspruchsvollere Programme ins Leben rufen kann. Insbesondere wird die Schaffung eines „virtuellen Erasmus-Programms“ zur Vernetzung von einer Million junger Europäer und einer Million junger Menschen arabischer Herkunft vorgeschlagen.

4.2. Verstärkung des Kampfes gegen Radikalisierung

Im Plenum wird auf die Präsenz von ca. 10 000 radikalisierten Personen in Frankreich und der gleichen Anzahl in Deutschland verwiesen, sowie auf die Schwierigkeit, junge Menschen auszubremsen, die sich im Krieg engagieren wollen, weil ihnen im



Internet ein besseres Leben im islamischen Kalifat versprochen wird.

Der Kampf gegen Radikalisierung hat in jüngster Zeit einige Erfolge verzeichnet, insbesondere durch kostenlose Rufnummern oder Aufforderungen an Internet-Betreiber, extremistische Äußerungen zu blockieren. Der Bericht von Jean-Marc Ayrault und Annegret Kramp-Karrenbauer enthält zahlreiche nützliche Vorschläge zu diesem Thema.

Der Kampf gegen Radikalisierung muss sowohl auf die betroffenen Eltern als auch auf die Kinder ausgerichtet werden, die vor einem Abrutschen in den Dschihadismus stehen. Da dieser Kampf inzwischen nicht mehr nur eine religiöse, sondern auch eine weitgehend psychologische Dimension erreicht hat, muss er auch im Lichte der Erfahrungen betrachtet werden, die in Italien mit den „Mafiosis“ oder in Schweden mit rechtsradikalen Jugendlichen gemacht wurden.

Da die islamistischen Terroristen nicht alle bei militärischen Einsätzen getötet werden können, wirft der Umgang mit radikalisierten Personen, die aus dem irakisch-syrischen Kampfgebiet zurückkehren, verständlicherweise Fragen auf und ruft eine bedeutende Besorgnis hervor. Wichtig ist, dass nicht der gleiche Fehler wie nach dem ersten Afghanistan-Krieg gemacht wird, der dazu geführt hatte, dass sich die Dschihadisten überall zerstreuen und international organisieren konnten. Heute geht es darum, sie in Observierungs- und Deradikalisierungsprogramme an zu diesem Zweck eingerichteten Orten einzubinden.

4.3. Klärung der Stellung des Islam in Europa

Schließlich wird die als überaus komplex beurteilte Frage des „europäischen Islam“ angesprochen.

Es wird hervorgehoben, dass die Debatte zum Islam inzwischen in Deutschland sehr gespalten ist: Die AfD behauptet, dass der Islam nicht deutsch ist, eine Position, die mit der in den Ländern Mittel- und Osteuropas vorherrschenden Meinung im Einklang steht.

Die Ausbildung der Imame gilt als ein zentrales Thema in dieser Debatte genau wie die Beziehungen zwischen den Gotteshäusern und den nicht-europäischen Ländern. Es wird allerdings hervorgehoben, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, Auslegungen zum Wesen des Islam vorzunehmen, wofür die Spezialisten zuständig sind.

Es geht also nicht unbedingt darum, den Islam in Europa zu organisieren, sondern zu unterstreichen, dass in unseren Ländern ein ruhiger, demokratischer, an die europäische Gesellschaft und Kultur angepasster Islam existiert, der sich eindeutig vom islamistischen Terrorismus unterscheidet. Darüber hinaus muss hervorgehoben werden, dass die muslimische Welt pluralistisch ist, sie selbst einem internen Krieg zwischen Sunniten und Schiiten ausgesetzt ist und der Islam daher nicht überall gleich ist.

Das Beispiel der „Deutschen IslamKonferenz“, die seit 10 Jahren in Deutschland existiert, wird genannt, genau wie ein neues, in Frankreich von der Regierung geschaffenes Dialogforum. Während der Vorschlag eines deutsch-französischen Kolloquiums zur Organisation des Islam nicht von den nationalen Behörden aufgegriffen wurde, haben mehrere anwesende Partner darauf hingewiesen, dass sie bereit wären, Initiativen zu diesem Thema ins Leben zu rufen.

In diesem Zusammenhang wird auch der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Lehre und das Studium der arabischen Sprache auszubauen, analog zur Förderung der Ausbildung von Germanisten in Frankreich nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870. Diese intensive Ausbildung in der arabischen Sprache soll das gegenseitige Verständnis zwischen Europäern und Arabern fördern – und dabei weitüber die Zielsetzung hinaus gehen, Personen einzustellen, die in der Lage sind, Nachrichten von Dschihadisten zu übersetzen. Hierzu ist anzumerken, dass es gegenwärtig keine Arabischkurse für Anfänger an der Pariser Universität Sorbonne gibt (sondern nur Kurse für Muttersprachler), eine bedeutende Lücke, die es zu schließen gilt.

5. Diplomatische Antworten auf den islamistischen Terrorismus: eine grundlegende Problematik

Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus erfordert letztendlich auch diplomatische Antworten in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, im Nahen Osten sowie in den Ländern südlich der Sahara.

5.1. Förderung eines politischen Prozesses in Syrien und im Nahen Osten

Der militärische Kampf gegen Daech wird als notwendig, aber nicht ausreichend erachtet. Einerseits weil es nicht sicher ist, dass die Mitglieder dieser Organisation vollständig eliminiert werden können, andererseits weil das Regime von Bachar El Assad, das die Ausbreitung von Daech nährt, ein weiteres wesentliches Element des Problems in Syrien darstellt.

Die unterschwellige politische Herausforderung in Syrien und der ganzen Region liegt darin, den Sunniten (in der Türkei, Saudi-Arabien, Katar, etc.) ihre Zweifel zu nehmen, die Daech als das geringere Übel im Vergleich zu Bachar El Assad betrachten könnten und sich aus diesem Grund veranlasst sehen, einen Stellvertreterkrieg durch die Finanzierung anderer terroristischer Gruppen zu führen.

Umso wichtiger ist es daher, ihnen eindeutige Signale zu senden, da die Sunniten den Eindruck haben, dass der Westen in letzter Zeit die Schiiten bevorzugt hat, insbesondere im Iran, im Irak und in den Golfstaaten, während die ägyptische Führung in einer Krise steckt. Insbesondere muss unsere Partnerschaft mit der Türkei auf der Grundlage einer gemeinsamen deutsch-französischen Strategie neu definiert werden, um dieses Land davon zu überzeugen, seine doppeldeutigen Beziehungen zu Daech zu klären.

Diese Stellungnahmen im sunnitisch-schiitischen Konflikt dürfen die Europäer nicht daran hindern,

ihre eigenen Interessen im Syrien-Konflikt zu verteidigen, genau wie die Russen und die Amerikaner, ohne jedoch eine Vermittlerrolle zu spielen, die eigentlich von der UNO übernommen werden sollte.

5.2. Mehr Investitionen in den Ländern südlich der Sahara

Mali wird als gutes Beispiel für ein Land genannt, auf das die Europäer parallel militärisch wie auch politisch einwirken konnten. Es muss die Europäer dazu veranlassen, sich stärker in den Ländern südlich der Sahara zu engagieren, in denen sie politisch kaum präsent sind und die zu den weiteren, zum Teil durch den Wahhabismus genährten Brutstätten der islamistischen Radikalisierung gehören.

Eine der Prioritäten besteht darin, in Afrika den Kampf gegen die Armut und die Verbesserung der Sicherheitslage zu kombinieren, da es keine Entwicklung ohne Stabilität gibt. Diese Feststellung muss die „Entwicklungsgemeinschaft“ dazu veranlassen, zu akzeptieren, dass mehr Mittel im Bereich der Verteidigung, der inneren Sicherheit und auch im Geheimdienst mobilisiert werden müssen. Es ist Aufgabe der EU, dazu beizutragen, die Diagnose des Sicherheitsbedarfs in den Ländern südlich der Sahara zu verfeinern.

Über die Herausforderung des islamistischen Terrorismus hinaus bot diese Gesprächsrunde Gelegenheit festzustellen, dass die Europäer an den Grenzen ihrer Fähigkeit angelangt sind, ihr Schicksal unter Kontrolle zu halten. Diese Unfähigkeit ist auf ihre Schwierigkeit zurückzuführen, die terroristische Bedrohung zu analysieren und ihr vorzugreifen; das Gleiche gilt auch für die Migrationskrisen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Union als Antwort auf die Bedrohungen, sowohl im Süden als auch im Osten, auf der Grundlage einer strategischen und politischen Vision zu fördern, um ihr wieder einen Sinn und neuen Elan für den europäischen Aufbau zu verleihen.

1. Die Europäische Union steckt in einer schweren Existenzkrise., die eine verstärkte Mobilisierung der Akteure der öffentlichen Debatte in Deutschland und Frankreich notwendig macht. Daher werden sie tätig und starten einen Prozess von Arbeitstreffen mit dem Titel „Think Tanks Tandem“, an denen die wichtigsten deutschen und französischen Think Tanks, die sich aktiv mit europäischen Problemstellungen befassen, teilnehmen. In diesem Rahmen möchten sie das Fachwissen und die freie Analyse der Teilnehmer sowie deren Freiheit, sich (ohne diplomatische Rücksichten) zu äußern, nutzen, um die Spannungen abzubauen, die den „deutsch-französischen“ Motor stottern lassen. Ziel ist es bis 2017 das europäische Aufbauwerk erneut ankurbeln.
2. Diese Gesprächsrunde fand vor den Attentaten mit terroristischem Hintergrund in Deutschland im Sommer 2016 sowie vor den erneuten Attentaten in Frankreich statt.
3. Jean-Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier, „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“, 27. Juni 2016.
4. Bericht von Frau Annegret Kramp-Karrenbauer und Herrn Jean-Marc Ayrault zur Förderung der Integration in unseren Gesellschaften überreicht an die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und an den Präsidenten der Republik Frankreich anlässlich des 18. Deutsch-Französischen Ministerrats, Metz, 07. April 2016.



ANHANG - TEILNEHMERLISTE

- **Alexander Abel**, Referent, Büro des Staatsministers für Europa Michael Roth MdB, Auswärtiges Amt
- **Élisabeth Ardaillon-Poirier**, Principal Adviser, EPSC (European Political Strategy Centre)
- **Katharina Barié**, Project Manager, Bertelsmann Stiftung
- **Alice Baudry**, Referentin, Institut Montaigne
- **Yves Bertoncini**, Direktor, Institut Jacques Delors
- **Laurent Bigorgne**, Direktor, Institut Montaigne
- **Amandine Clavaud**, Referentin Europa, Fondation Jean Jaurès
- **Stefan Dehnert**, Direktor des Büros in Paris, Fondation Friedrich Ebert
- **Stefan Delfs**, Referent, Planungsstab, Auswärtiges Amt
- **Claire Demonchy**, stellvertretende Kabinettschefin, Kabinett des Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Harlem Désir**, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Mathilde Durand**, Projektleiterin Deutschland und Chefredakteurin der Publikationen, Institut Jacques Delors
- **Kristina Eichhorst**, Koordinatorin für Krisen- und Konfliktmanagement, Konrad Adenauer Stiftung
- **Gilles Finchelstein**, Direktor, Fondation Jean Jaurès
- **Joschka Fischer**, ehemaliger Bundesminister des Auswärtigen und ehemaliger Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland
- **Clémentine Forissier**, Chefredakteurin, Contexte
- **Fabian Forni**, Kabinettschef und Berater des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Sarah Fröb**, Direktorin für europäische Beziehungen, Magazin Paris-Berlin
- **Nino Galetti**, Direktor des Büros in Paris, Konrad Adenauer Stiftung
- **Marcel Grignard**, Präsident, Confrontations Europe
- **Jean-Paul Guihaumé**, stellvertretender Direktor Deutschland/Adria- und Alpengebiet, Abteilung der Europäischen Union, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Julie Hamann**, Programmmitarbeiterin Frankreich/deutsch-französische Beziehungen, DGAP
- **Isabelle Jégouzo**, Leiterin, Vertretung der Europäischen Kommission in Paris
- **Pascale Joannin**, Generaldirektorin, Fondation Robert Schuman
- **Gilles de Kerchove**, Koordinator der EU für die Terrorismusbekämpfung
- **Guillaume Klossa**, Gründungspräsident, EuropaNova
- **Nicole Koenig**, Wissenschaftlerin, Jacques Delors Institut – Berlin
- **Martin Koopmann**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Genshagen Stiftung
- **Manuel Lafont Rapnouil**, Direktor, ECFR Paris
- **Maxime Lefebvre**, Botschafter mit einem besonderen Auftrag, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Anne Macey**, Generaldelegierte, Confrontations Europe
- **Christophe Leonzi**, stellvertretender Direktor, Abteilung der Europäischen Union, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Pierre Lévy**, Direktor, Abteilung der Europäischen Union, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Nikolaus Meyer-Landrut**, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Frankreich
- **Lena Morozova**, Entwicklungsdirektorin, EuropaNova
- **Sven Mossler**, ehemaliger stellvertretender Beauftragter für die Deutsch-Französische Zusammenarbeit, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Marc-Olivier Padis**, Studiendirektor, Terra Nova
- **Yves Pascouau**, associate senior research fellow, Jacques Delors Institute
- **Jean-Christophe Ploquin**, Chefredakteur, La Croix
- **Philipp Sälhoff**, senior project manager, Das Progressive Zentrum
- **Stéphane Saurel**, Kabinettdirektor des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Stefan Seidendorf**, stellvertretender Direktor, Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg
- **Nicolas Séjour**, ehemaliger Berater für Rede, Studien und zukunftsorientierte Analyse beim Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Hans Stark**, Direktor, Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa-Ifrfi)
- **Justin Vaisse**, Direktor des französischen „Planungsstab“, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
- **Daniela Vincenti**, Chefredakteurin EurActiv.com

LISTE DER PUBLIKATIONEN DER TEILNEHMENDEN DEUTSCHEN UND FRANZÖSISCHEN THINK TANKS ZUM KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS

- Yves Bertoncini & António Vitorino, « Schengen's stress test: political issues and perspectives », *Policy Paper n° 158*, Institut Jacques Delors, février 2016.
- Yves Bertoncini & António Vitorino, « « Schengen » : course contre la montre ou jeu de dupes ? » / « « Schengen : a race against time or a fool's game ? » », *Tribune*, Institut Jacques Delors, 27 janvier 2016.
- Yves Bertoncini & António Vitorino, « « Schengen », le terrorisme et la sécurité » / « « Schengen, terrorism and security » », *Tribune*, Institut Jacques Delors, 12 février 2015.
- Jacques Delors, António Vitorino, Pascal Lamy, Enrico Letta & Yves Bertoncini, « L'UE et notre sécurité collective : plus forts ensemble ! » / « The EU and our collective security : stronger together ! » / « EU und kollektive Sicherheit : Gemeinsam sind wir stärker! », *Tribune*, Institut Jacques Delors, 17 juin 2016.
- Jacques Delors, Pascal Lamy, António Vitorino, Eneko Landaburu, Etienne Davignon, Nicole Gnesotto, Elisabeth Guigou, Philippe de Schoutheete, Elvire Fabry, Nicole Koenig & Thomas Pellerin-Carlin, « La sécurité de l'UE : une urgence politique » / « EU security : a matter of political urgency » / « Die Sicherheit der EU : eine politische Priorität », *Tribune*, Institut Jacques Delors, 1^{er} mars 2016.
- Philippe Delivet, « L'Union européenne et la lutte contre le terrorisme », *Question d'Europe n° 386*, Fondation Robert Schuman, 29 mars 2016.
- Claire Demesmay, « One Crisis Among Many », *Article*, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin Policy Journal May/June 2016.
- Claire Demesmay & Ronja Kempin « Ein Land im Kampf – Frankreich und der Terrorismus », *Publikation*, Stiftung Wissenschaft und Politik – Aktuell, Juni 2016.
- Anthony Dworkin, « Concerted and coordinated: Terrorism in Europe », *Commentary*, European Council on Foreign Relations, April 5th 2016.
- EuropaNova (collectif), « L'Appel du 9 Mai – une feuille de route pour une Nouvelle Renaissance européenne ! » / « Ein Fahrplan für Europa », 2016.
- Elvire Fabry, Thomas Pellerin-Carlin & Emmett Strickland, « Quelle politique européenne de sécurité et de défense ? » / « What European security and defence policy do we need? », *Synthèse*, Institut Jacques Delors, 21 décembre 2015.
- Julia Hamann, « Mama Merkel und der Kriegsherr : Wie Bilder den Blick auf Terror und Flüchtlingskrise prägen », *Article*, Demesmay et al.: Frankreich und Deutschland – Bilder, Stereotype, Spiegelungen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Nomos, Baden-Baden, 2016.
- Isabell Hoffmann & Catherine de Vries, « Border Protection and Freedom of Movement », *Study*, Bertelsmann Stiftung, 2016.
- Gilles Kepel & Antoine Jardin, « Terreur dans l'Hexagone : Genèse du djihad français », *Livre*, Institut Montaigne, Editions Gallimard, décembre 2015.
- Gilles Kepel, Leyla Arslan & Sarah Zouheir « Banlieue de la République », *Étude*, Institut Montaigne, octobre 2011.
- Gilles Kepel, « Passion française », *Livre*, Institut Montaigne, Éditions Gallimard, avril 2014.
- Anne Macey, « Trois épées de Damoclès », *Edito*, Confrontation Europe, 10 février 2016
- Khadija Mohsen-Finan & Isabel Schäfer, « L'Union européenne et l'espace méditerranéen, perspectives allemande et française depuis les révolutions arabes » / « Die Europäische Union und der Mittelmeerraum, Deutsche und französische Perspektiven seit den arabischen Umbrüchen », *Policy paper n° 14*, Genshagener Papiere, Stiftung-Fondation Genshagen, Avril 2014.
- Institut Montaigne, Colloque international « Le djihadisme transnational, entre l'Orient et l'Occident », *Présentation*, Fondation maison des sciences de l'homme, Institut Montaigne, 31 mai au 2 juin 2016.
- New Pact for Europe (collectif), « Towards a New Pact for Europe », Octobre 2014.
- Yves Pascouau, « L'espace Schengen face aux crises : la tentation des frontières » / « The Schengen Area in crisis- the temptation of reinstalling borders », *Question d'Europe n° 392*, Fondation Robert Schuman, 17 mai 2016.
- Fondation Robert Schuman, Entretien avec Gilles de Kerchove, « L'assimilation des terroristes aux étrangers est une grave erreur ne correspondant pas à la réalité » / « The assimilation of foreigners and terrorists is a serious mistake which does not match reality », *Entretien d'Europe n° 90*, Fondation Robert Schuman, 14 mars 2016.
- Fondation Robert Schuman, Entretien avec Jean-Pierre Filiu, « L'inaction a parfois un coût bien pire que l'action. » / « Inaction can sometimes be more costly than action », *Entretien d'Europe n° 89*, Fondation Robert Schuman, 8 février 2016.
- Katrin Sold & Tobias Koepf « Migration und Sicherheit in Europas südlicher Nachbarschaft », *Analyse*, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Analyse N° 1, Januar 2016.
- António Vitorino, « Une souveraineté partagée pour contrôler des frontières déjà partagées » / « Shared sovereignty for monitoring borders already shared », *Tribune*, Institut Jacques Delors, 16 décembre 2015.

Zu den gleichen Themen...

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten
• Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Französischen: Kerstin Wels
© Jacques Delors Institut - Berlin, 2016.



Hertie School
of Governance

Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin
19 rue de Milan, F - 75009 Paris
office@delorsinstitut.de
www.delorsinstitut.de

